

17.006.2024 PRESSEMITTEILUNG

Dramatischer Anstieg antiziganistischer Vorfälle löst bei Zentralrat Sorge aus

Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ist besorgt über die mehr als 1200 dokumentierten antiziganistischen Vorfälle in dem heute neu vorgestellten Jahresbericht der durch die Bundesregierung geschaffenen Melde- und Informationsstelle Antiziganismus für das Jahr 2023. Diese Zahlen sind fast eine Verdopplung im Vergleich zum Vorjahreszeitraum.

Der Vorsitzende des Zentralrats betont: „Auch die polizeiliche Statistik über politisch motivierte Kriminalität weist im Jahr 2023 mit 171 dokumentierten, antiziganistisch motivierten Hassverbrechen einen neuen Höchststand auf. Die zehn Fälle extremer Gewalt, die die Melde- und Informationsstelle Antiziganismus aufzeigt, sind ebenfalls in der Polizeistatistik enthalten. Die Zahlen von MIA gehen darüber hinaus auch auf die allgemeine Diskriminierung durch den Antiziganismus bei der Wohnungssuche, am Arbeitsplatz und in Bildungseinrichtungen ein. Insgesamt gibt es aber weiter ein sehr großes Dunkelfeld.“

Dabei verwies er darauf, die Gesamtzahlen seien ein Warnsignal, das Gesellschaft und Politik ernst nehmen müssten.

Romani Rose hob hervor: „Die antiziganistischen Fälle der letzten Wochen, wie Hakenkreuzschmierereien in Trier, die Schändung eines Denkmals für die Holocaustopfer der Minderheit in Flensburg oder der Brandanschlag in Solingen am 8. Juni, bei dem auch Angehörige der Minderheit verletzt wurden, haben bundesweit Entsetzen ausgelöst. Diese Zunahme von Fällen extremer Gewalt und Angriffen gegen Sinti und Roma zeigten das Ausmaß und die Gewaltbereitschaft des Antiziganismus.“

Der Zentralrat appelliert an die Bundesregierung, diese Vorfälle vor dem Hintergrund der Geschichte nicht nur zur Kenntnis zu nehmen, sondern den Antiziganismus in allen Formen auch öffentlich zu verurteilen und ihm durch Aufklärung und Ächtung mit konkreten Maßnahmen entgegenzuwirken.

Als wichtigen Schritt sieht der Zentralrat die Unterstützung der Kultusministerkonferenz, durch die eine verstärkte Beschäftigung mit der 600-jährigen Geschichte der Minderheit auch staatlich entschlossen unterstützt wird. So werde auch das Bewusstsein gesteigert, dass der Antiziganismus die Grundlage für Ausgrenzung und letztlich den Holocaust an 500.000 Sinti und Roma im NS-besetzten Europa war.